

Der Ausweg aus dem Dilemma der Proeuropäer

Autor(en): **Christen, Thomas**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **86 (2008)**

Heft 4

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-342091>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der bilaterale Weg endet in der EU

Der Ausweg aus dem Dilemma der Proeuropäer

Thomas Christen

Begonnen hat die europapolitische Leidensgeschichte der Schweiz am 6. Dezember 1992. Mit knappem möglichem Volksmehr von 50,1% der Stimmen und deutlicherem Ständemehr sagte das Schweizer Volk Nein zum EWR. Die Enttäuschung der Befürworter war gross. So gross, dass der 6. Dezember zu einem der ganz wenigen innenpolitischen Ereignisse wurde, die eine ganze Reihe junger Leute politisierten – auch den Schreibenden. Noch viel grösser wäre die Enttäuschung indes gewesen, wenn wir damals bereits geahnt hätten, wie lange der Weg nach Europa noch werden würde. Heute, gut 16 Jahre älter, um ungezählte Ernüchterungen reicher und um ebenso viele Illusionen ärmer, müssen wir feststellen, dass die Schweiz immer noch nicht in Europa angekommen ist. Anstatt sich gemeinsam mit allen Nachbarstaaten an den europäischen Tisch zu setzen und innerhalb der EU an der Lösung gemeinsamer Probleme zu arbeiten, dümpelt die Schweiz weiter auf dem bilateralen Weg dahin. Und die verbliebenen 90er-Jahre-Proeuropäer stellen sich die Frage nach dem «Wie weiter» in der Europapolitik stärker denn je. Ist der eingeschlagene bilaterale Weg eine Sackgasse? Oder führt er uns irgendwann in die EU?

Zwei Seiten der Medaille

Die Schweiz hat nach dem «dimanche noir» vom 6. Dezember 1992 den bilateralen Weg eingeschlagen. Dieser Weg hat uns einiges gebracht: eine Vereinfachung im Land- und Luftverkehr, den Abbau technischer Handelshemmnisse, Zusammenarbeit im Bereich der Forschung, der Umwelt und der öffentlichen Sicherheit, eine Vereinfachung des Handels mit verarbeiteten Landwirtschaftsprodukten und natürlich die Personenfreizügigkeit. Fortschritte, die wichtig sind: für die Wirtschaft, für die Arbeitnehmenden, für die Jugend, für die Schweiz. So weit – so gut also? Mitnichten. Der Bilateralismus hat auch eine Kehrseite. Und diese ist sehr gross, weil sie systemisch ist. Die EU entwickelt immer mehr Rechtssysteme wie den Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen oder das Asyl- und Fremdenrecht. Im Bilateralismus werden zwar grosse Teile, aber meist nicht das Ganze übernommen: Fehlende Mosaiksteine können zu Nachteilen führen. Vor allem aber sind die meisten der abgeschlossenen Verträge statisch. Statische Verträge sind eine momentane Antwort auf momentane Probleme. Probleme ändern sich aber bekanntlich mit der Zeit. Und die Lösungen auch. Die EU passt ihre Gesetzgebung daher laufend den neuen Herausforderung an. Die Verträge mit der Schweiz bleiben aber gleich. Und sind darum schnell veraltet.

Der bilaterale Weg ist steinig, scheindemokratisch ...

Der bisherige Weg hat aber insbesondere etwas gezeigt: Er ist steinig und mühsam. Die Aushandlung der ersten bilateralen Verträge brauchte rund 6 Jahre, obwohl die Verhandlungen zu Beginn mit lediglich 12 Staaten geführt werden mussten. Heute zählt die EU mehr als doppelt so viele Mitgliedsstaaten: 27 verschiedene Länder, 27 verschiedene Interessen. Und damit werden die Verhandlungen der Zukunft immer schwieriger. Der bilaterale Weg ist aber vor allem scheindemokratisch. Klar hat das Schweizer Volk bereits mehrfach über die Bilateralen abgestimmt. Nach dem Ja zu den Bilateralen I im Mai 2000 mit 67.2% sagte die Schweiz vier Jahre später auch Ja zu Schengen/Dublin mit 54% Ja, ein Jahr darauf mit 56% zur Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen Mitgliedstaaten und noch ein Jahr später auch Ja zur Kohäsionsmilliarde. Und am kommenden 8. Februar wird das Schweizer Volk bereits wieder an die Urne gerufen. Kurz: Fast jedes Jahr eine Volksabstimmung. Und damit fast jedes Jahr die gleiche Farce. Denn das Schweizer Volk hat eigentlich keine Wahl. Es kann jeweils nicht über die einzelnen Projekte abstimmen. Immer geht es um den Bilateralismus insgesamt. Die Schweiz kann nicht bestimmen, dass sie die Personenfreizügigkeit nur mit den Nachbarstaaten, aber nicht mit Bulgarien und Rumänien möchte. Sie kann auch nicht sagen, dass sie zwar für ein Abkommen im Bereich der öffentlichen Sicherheit ist (Schengen), aber kein Geld an die wirtschaftliche Kohäsion der EU zahlen möchte (Kohäsionsmilliarde). Die EU würde das – absolut zu Recht – niemals zulassen. Es gibt nur eine EU und nur eine Personenfreizügigkeit. Und nur mit der Zustimmung zu den Kohäsionsbeiträgen ist die Personenfreizügigkeit möglich. Und nur mit der Personenfreizügigkeit ist Schengen denkbar. Und so weiter. Darum geht es bei jeder Abstimmung jeweils um alles. Und damit besteht auch keine Wahl. Ein Nein zu allen bilateralen Beziehungen mit der EU – und damit die totale Isolation – ist definitiv keine Möglichkeit.

Die Schweiz muss die gesamte Weiterentwicklung von Schengen übernehmen. Ohne mitzubestimmen.

... und verstösst gegen die Souveränität

Die Scheinauswahl schränkt vor allem etwas ein: Die Souveränität der Schweiz. Diese wird aber noch durch etwas zusätzliches beschnitten. Um den Nachteilen der statischen Verträge auszuweichen, hat die Schweiz mit Schengen erstmals ein bedeutendes dynamisches Abkommen mit der EU geschlossen. Tönt harmlos. Ist es aber nicht. Die Schweiz muss die gesamte Weiterentwicklung von Schengen übernehmen. Ohne mitzubestimmen. Und ohne Möglichkeit, die Weiterentwicklung nicht zu übernehmen. So stimmt die Schweiz im kommenden Mai über die Einführung von biometrischen Pässen ab. Zu entscheiden gibt es aber nicht viel: Die konkrete Ausgestaltung kann man zwar kritisieren und sie auch ändern. An der eigentlichen Einführung gibt es aber nichts mehr zu rütteln. Denn die Einführung der biometrischen Pässe wurde im Rahmen von Schengen entschieden. Ohne uns. Aber auch für uns verbindlich. Souveränität sieht anders aus.

Die Zukunft des Bilateralismus

Der Weg ist mühsam, steinig und undemokratisch. Trotzdem geht er immer weiter. Auf der Traktandenliste der bilateralen Beziehungen mit der EU steht momentan bereits wieder eine ganze Reihe von Dossiers: Vor kurzem wurden die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen für landwirtschaftliche Produkte gestartet. Um die Sicherheit des Warenverkehrs im wechselseitigen Interesse zu erhöhen, soll das Güterverkehrsabkommen angepasst werden. Angesichts der

Teil der EU, Teil gemeinsamen Handels zu sein, wird gerade in der aktuellen Weltfinanzkrise positiv gesehen.

wichtigen Stellung der Schweiz als Stromtransitland sind Gespräche im Gange mit dem Ziel, die Sicherheit zu erhöhen sowie die Einbindung der Schweiz in den Energiebinnenmarkt zu ermöglichen. Im Kampf gegen den Klimawandel gibt es ebenfalls Verhandlungen. Die Teilnahme der Schweiz am europäischen Satellitennavigationssystem Galileo, ein Alternative oder Backup zum amerikanischen System GPS, ist wirtschaftlich, aber auch sicherheitspolitisch sinnvoll. Die Zusammenarbeit der

Wettbewerbsbehörden, eine der Stärken der Union, kann verbessert werden, indem der Informationsaustausch zwischen der EU und der Schweiz intensiviert wird. Die Schweizer Versicherungswirtschaft, insbesondere die Lebensversicherungen, sind interessiert an einer Teilnahme am europäischen Vorsorgemarkt. Und das ist nur eine Auswahl von anstehenden Verhandlungen.

Der Weg ist nicht das Ziel

All diese Verträge werden ausgehandelt werden. Der bilaterale Weg geht also weiter. Scheinbar ad aeternum. Also Gründe genug, die einem als EU-Befürworter zur Überlegung führen könnten, die europapolitische Notbremse zu ziehen und die nächsten bilateralen Abstimmungen abzulehnen? In der Annahme, dass der EU-Beitritt nur auf der bilateralen Ruine entstehen kann? Diese Hoffnung wäre verfehlt. Ewig kann der Weg tatsächlich nicht weitergehen, das ist klar. Wie jeder Weg muss auch der bilaterale Weg an ein Ziel führen. Der Weg selbst ist sicher nicht das Ziel. Und das Ziel kann nur die Europäische Union sein. Das zeigen nicht nur die unzähligen Mängel des Bilateralismus. Das beweist insbesondere die aktuelle Weltfinanzkrise einmal mehr. Die Schweiz – mit ihrem im Verhältnis zum Land überdimensionierten Finanzsektor – war ob ihrer isolierten Stellung beunruhigt. In den Worten des Vorsitzenden der Bankenkommission: «Das Abseitsstehen der Schweiz hat den Druck auf den Finanzplatz Schweiz sicher erhöht.» Daher kursierten vor der 68-Milliarden-Franken-Unterstützungsaktion der Regierung für die seit längerem in Schieflage befindliche UBS in den Schweizer Medien Spekulationen über einen ‚Geheimpakt‘ mit der Europäischen Zentralbank in Frankfurt für den Fall der Fälle. Teil der EU, Teil gemeinsamen Handels zu sein, wird gerade jetzt positiv gesehen: Island am Rande des Staatsbankrotts fühlt sich sehr einsam, der Gedanke, der EU beizutreten, hat in der Krise wieder einmal Aufwind. Dänemark und Schweden entdecken ihre Sympathie zum Euro, Ungarn hätte ihn lieber gestern als heute als Landeswährung. Die polnische Regierung

hat mit Zustimmung des EU-kritischen Präsidenten in kürzester Zeit einen Plan zur Einführung der Gemeinschaftswährung vorgelegt. Die Finanzkrise hat etwas deutlich gemacht: Nach dem Jahrzehnt der wirtschaftlichen Globalisierung braucht es jetzt eine politische Globalisierung. Und die EU ist der einzige supranationale Player, der dem Finanz- und Wirtschaftssystem eine echte politische Kraft entgegensetzen kann.

Der Weg zum Ziel

Das Ziel des EU-Beitritts ist weiterhin klar. Und vor dem Hintergrund der Bedeutung einer globalisierten Politikwelt mag es kleinlich erscheinen, über Filmförderungsprogramme und Satellitennavigationssysteme zu verhandeln. Das ist es wohl auch. Und trotzdem braucht es noch ein paar Jahre auf dem bilateralen Weg, um ans Ziel der Europapolitik zu gelangen. Die bisherigen bilateralen Abkommen haben wichtige Inhalte gebracht – es wurde oben bereits ausgeführt. Sie haben aber vor allem eines: Die Schweiz der EU angenähert. Gemeinsame Asylpolitik, faktische Abschaffung der Grenzen, freier Personenverkehr, (Kohäsions-)Zahlungen an die EU. Punkte, gegen welche die 92er-Neinsager noch erbittert gekämpft haben, sind jetzt selbstverständlich. Kurz: Der bilaterale Weg hat Hindernisse auf dem Weg in die EU abgebaut. Es braucht noch ein paar zusätzliche Hindernisse, die aus dem Weg geräumt werden müssen. Denn zu viele Hindernisse sind des EU-Beitritts Tod. Mit einem erfolgreichen Abschluss im Bereich des Freihandelsabkommens wäre der Bereich der Landwirtschaft geregelt – aktuell noch eines der zentralen Argumente der EU-Gegnerschaft. Und mit einem neuen Abkommen im Bereich der Zinsbesteuerung kann auch eines der grössten Hindernisse einer fortschrittlichen Öffnungspolitik aus dem Weg geräumt werden. Der bisherige bilaterale Weg hat uns aber auch darum näher an die EU gebracht, weil das Schweizer Volk den ewig gestrigen Neinsagern wiederholt eine Schlappe zugefügt hat. Die SVP hat in den vergangenen Jahren nicht weniger als fünf aussenpolitische Niederlagen erlitten. Und sie wird auch am kommenden 8. Februar verlieren. Und später beim Freihandelsabkommen. Jede zusätzliche Niederlage schadet der aussenpolitischen Glaubwürdigkeit der SVP und bringt uns näher an den EU-Beitritt.

Ein paar weitere Schritte müssen wir noch auf dem bilateralen Weg machen. Eine Abkürzung gibt es nicht. Auf den Bundesrat können die Proeuropäer schon lange nicht mehr zählen. Trotz einer SP-Aussenministerin gab es in den vergangenen Jahren überhaupt keine Bestrebungen, schneller in Richtung EU zu gehen. Im Gegenteil: Das ständige Zelebrieren des Sonderfalles Schweiz in jeder möglichen und unmöglichen Situation erschwert bloss eine spätere Annäherung. Aber auch in Parlament und Volk gibt es momentan keine Mehrheit für einen EU-Beitritt. Im Gegenteil ist jetzt auch aus der gewerkschaftlichen Linken eine gewisse EU-Skepsis zu spüren. Allerdings ist es gerade die Linke, die ein Interesse daran hat, dass der wirtschaftlichen Globalisierung auch eine politische entgegengesetzt wird. Es ist zwar tatsächlich der Fall, dass die EU in den letzten Jahrzehnten

Gerade die Linke hat ein Interesse daran, dass der wirtschaftlichen Globalisierung auch eine politische entgegengesetzt wird.

den Fokus zu wenig stark auf die Zählung der freien Wirtschaft gelegt hat, die Problematik des Lohndumpings unterschätzt hat. Aber gerade diejenigen, welche die Auswirkungen dieses Kurses auf die Schweiz kritisieren, müssen ein Interesse daran haben, dass die Schweiz innerhalb der EU mithelfen kann, dieses Defizit zu beheben. Die Finanzkrise hat uns gezeigt: Wenn wir den überstaatlichen (Finanz-) Wirtschaftsproblemen nicht eine überstaatliche politische Antwort geben, bleibt das Primat bei der Wirtschaft. Und was das Primat der (Finanz-)Wirtschaft bedeutet, müssen wir gerade schmerzlich erleben.

Der Weg nach Europa geht also nur über den bilateralen Umweg. Und darum braucht es auch von den Proeuropäern ein überzeugtes und engagiertes Ja in den kommenden bilateralen Abstimmungen. Im Wissen darum: Der bilaterale Weg wird früher oder später in der EU enden.

Thomas Christen, Jg. 1975, ist Jurist, war von 2000 bis 2002 Generalsekretär der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (nebs) und danach in verschiedenen Funktionen für die SP Schweiz tätig. Seit 2006 ist er Generalsekretär der SP Schweiz.